

Helmut Fehr

Populismus und Aufarbeitung des Kommunismus in Europa

(in: *Erinnern*, 2017/1, Rundbrief der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt)

Einleitung

Die Rückkehr der Vergangenheit wird in der Öffentlichkeit von (ostmittel-)europäischen Gesellschaften vorwiegend als historisches Ersatz-Streitthema behandelt. So dominiert in den Auseinandersetzungen über das Erbe der kommunistischen Regime in Deutschland, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn eine Konfrontationsrhetorik, die bereits Anfang der neunziger Jahre den parteipolitischen Streit prägte: Schlüsselwörter sind „Stasi“-Komplex, „Unrechtsgeschichte“ und „Terror-Herrschaft“, eng verknüpft mit Stereotypen wie „Agenten“ und „Spione“. Sie tragen zur permanenten Mobilisierung der öffentlichen Meinung über Geschichte bei, wie u.a. der von Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński ausgerichtete anhaltende Kampf gegen „Kommunisten“, „Postkommunisten“ und „Diebe“ veranschaulicht. Damit wird ein Feld für politische Ritualisierungen abgesteckt, in dem Mythen und Verschwörungsphantasien statt Aufklärung über Herrschaftsmechanismen der „real-sozialistischen“ Regime kennzeichnend sind. Politischer Rufmord und Freund-Feind-Bilder werden für die Auseinandersetzungen genutzt ebenso wie die „radikale“ Durchleuchtung politischer Lebensläufe. Diese Bestrebungen schließen mitunter die Umschreibung politischer Biographien und die Erfindung von Täter-Opfer-Stereotypen ein. Meine Ausgangsüberlegungen lassen sich mit folgenden Worten umschreiben: Populistische Bewegungsparteien instrumentalisieren Probleme der historischen Aufarbeitung für den Kampf um die kulturelle Deutungshoheit. Hierbei wird in Polen, Ungarn und der Slowakei die imaginierte Bindungskraft von patriotischer Gemeinschaft durch Bezüge auf Traditionen der ländlich geprägten Zwischenkriegsgesellschaften unterfüttert. Für ein genaueres Verständnis von Ambivalenzen in den Auseinandersetzungen über die kommunistische Regimegeschichte liefert die ländervergleichende Problemsicht wichtige Anhaltspunkte, wie ich im Folgenden zeigen werde. Meine Ausführungen* gliedern sich in drei Teile:

1. Elitenkampf und symbolische Formen der Aufarbeitung: Hierbei spielen Mobilisierungsformeln eines militanten Populismus („radikale“ Entkommunisierung, „Krieg

an der Spitze“, „Beschleunigung“, „völkische“ Politik, „Gefährdung der Nation“ u.a.) eine zentrale Rolle.

2. Zwischen „historischer Wahrheit“ und „Unrecht“: In diesen Zusammenhang gehört der Streit über Regime-Geschichte in der DDR/Ostdeutschland und Ungarn.

3. „Lustration“ und „nationale Interessen“: Diese Schlüsselwörter deuten auf Probleme der Rechtsprechung und politischen Kultur hin; das heißt, auf Auswirkungen der Aktenpolitik für die Rechtskultur in den Übergangsgesellschaften, besonders in der Tschechischen Republik und Polen.

1. Elitenkampf und Geschichte

Blicken wir zunächst auf politische Themen und Schlüsselwörter der Vergangenheitspolitik zwischen 1987-1989 zurück. Schon vor 1989 spielten politische Deutungsmuster des Populismus eine maßgebliche Rolle, wie das Länderbeispiel Ungarn veranschaulicht. So gipfelten Fragen nach der Wiederaneignung verdrängter historischer Daten zur „Revolution 1956“, die Einlösung von Pluralismus, Meinungs- und Vereinigungsfreiheiten und Reformen bzw. die Gründung von Proto-Parteien (Ungarisches Demokratisches Forum als Bündnis von agrarpopulistischen und konservativen Strömungen in Lakitelek 1987) auch in Überlegungen zur nationalen Geschichte. Für spontane Mobilisierungsprozesse nutzten die 1988 gebildeten Jungdemokraten (Fidesz) Appelle an „volkstümliche“ Traditionen ebenso wie „nationale Interessen“, um auf Gegensätze zwischen „Volk“ und Regierung anzuspielen. Das hob besonders Viktor Orbán in seiner Rede während des Wiederbegräbnisses von Imre Nagy, Pál Maleter und anderen Revolutionsführern auf dem Budapester Heldenplatz am 16. Juni 1989 hervor. Zugleich nannte er die liberale Kádár-Regierung ein Regime, dem die nachrückende politische Generation nichts zu verdanken habe: „Wir schulden niemandem Dank, dass unsere politischen Organisationen (Fidesz – Anm. des Autors) heute arbeiten können“¹. Ganz im Stil eines imaginären Treuhänders der ungarischen Nation beschwor Orbán kollektive „Wir“-Gefühle zur Überwindung des Kádár-Regimes, das er unter Vorzeichen der politischen Konfrontation öffentlich als „Diktatur“ bezeichnete: „Wenn wir unseren Seelen und unserer Stärke vertrauen können, dann können wir auch ein Ende mit der Diktatur machen“².

In Polen zeichnete sich mit der Aushöhlung populistischer Legitimationsformeln des Jaruzelski-Regimes Ende der achtziger Jahre ein Wandel öffentlicher Kommunikation ab,

wonach die wechselseitige Anerkennung früherer politischer Gegner auf der Tagesordnung von Vor- und Rund-Tisch-Gesprächen 1988/1989 stand: der Wechsel von „Feinden“ zu Verhandlungspartnern. In dieser Perspektive ist auch das Urteil über politische Mentalitäten für die Auseinandersetzung mit den alten kommunistischen Machteliten grundlegend, das der erste frei gewählte Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki in einer Regierungserklärung mit folgenden Worten resümierte: „Die Polen müssen ein neues Kapitel in ihrer Geschichte beginnen. Aus ihren gegenseitigen Beziehungen ist der Hass zu verbannen, der zu einer großen destruktiven Kraft werden könnte“³. Mit der Betonung von Mentalitäten und Ressentiments als Barrieren für die Aufarbeitung des Kommunismus traf Mazowiecki das Dilemma einer auf Revanche und Vergeltung gerichteten Geschichtspolitik: Sie bewirkt eine Welle der Hass-Rhetorik, die in der Gegenwart in drastischer Weise ersichtlich wird. So erkennt der politische Anführer der Bewegungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) Jarosław Kaczyński in der konfliktgeladenen Vergangenheit der Nation primär eine Ansammlung negativer Stereotypen, die für das Handlungsrepertoire neuer Konfrontationseliten⁴ genutzt werden können. Geschichte und Aufarbeitung schrumpfen im Feld der politischen Konfrontation auf Floskeln der Vergeltung: Der Verrat der „Kommunisten“ und „Postkommunisten“, der Liberalen und der Europa-Anhänger rundet den Rückblick auf nationale Traumata ab, auch auf imaginäre Katastrophen wie „Smoleńsk“. Für Kaczyński besteht seit dem „17. Jahrhundert“ in Polen eine „Tradition des Volksverrats“⁵, die sich in den heutigen Konflikten über die historische Deutungshoheit manifestiert: Auf der einen Seite stehen die Geschichtspolitiker von „PiS“, die den Gerechtigkeitssinn der Massen zur Geltung bringen, auf der anderen Seite Kommunisten, Postkommunisten und „Lügeneliten“, die die historische Wahrheit zu unterdrücken versuchen. Politische Rahmendeutungen wie Pluralismus, Dialog und „Grenzen des Kompromisses“, die für die Solidarność-Regierung von Mazowiecki zentrale Voraussetzungen waren, werden ebenso wie das angeführte Plädoyer für eine Politik des „dicken Strichs“ (Mazowiecki 1989) unter den Verdacht der „Kollaboration“ mit den kommunistischen Machteliten gestellt. Auch in der Tschechoslowakei und in der DDR gab es vor und nach den Umbrüchen von 1989 eine hohe Bereitschaft unter Akteuren der Bürgerbewegungen, Pluralismus als Norm (Bewegung für Bürgerfreiheit, HOS), moralische Anti-Politik (Charta 77) und Kompromissbildung anzuerkennen. Diese Bereitschaft reichte soweit, dass sogar innerhalb der spätsozialistischen Regime Ansatzpunkte für politischen und

intellektuellen Widerstand gesehen wurden. Nach einem Appell von Wolfgang Templin, Bärbel Bohley u.a. vom 17. Januar 1989 waren in „der Verfassung der DDR [...] die Rechte auf freie Meinungsäußerung garantiert“⁶. Und Erhart Neubert – im Herbst 1989 Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“, seit Mitte der neunziger Jahre CDU-Mitglied – betonte: „Nicht zu unterschätzen ist die Pluralität des ‚Mehrparteiensystems‘ der DDR, das in der ‚Nationalen Front‘ unter der Führung der SED arbeitet“⁷. Erst einige Jahre nach den revolutionären Umbrüchen von 1989 schrumpfte die DDR im polemischen Urteil auf das Format eines „perversen Staates“, eines „Verbrecherstaates“, in dem „fast nichts von dem ausgelassen wurde, was Kommunisten der Menschheit angetan haben“⁸. Neubert: Es gab „nahezu alle politisch motivierten Massenverbrechen“⁹.

Halten wir fest: Schon 1989 beinhalten erste Versuche der Geschichtspolitik symbolisch aufgeladene Kontrastbegriffe, die mit Anspielungen auf Gegensätze zwischen „Volk“ und „kommunistischem Regime“: „Menschen“ und „Diktaturen“ assoziiert werden.

2. Zwischen „historischer Wahrheit“ und „Unrecht“

Debatten über kommunistische Regime-Geschichte sind seit 1989 in der DDR/Ostdeutschland und Ungarn durch politische Slogans geprägt, die vorwiegend jenseits biographischen Erinnerns verortet sind. Die Vernachlässigung lebensgeschichtlicher Erinnerungen tritt besonders in Zusammenhängen zutage, in denen subjektiv erfahrendes Unrecht Thema sein sollte: In historischen Museen wie dem früheren Jugendwerkhof Torgau oder dem Budapester „Haus des Terrors“¹⁰. Wenn in massenmedial verbreiteten Berichten von Torgau als „Kinder-KZ Margot Honeckers“ und „Das Kinder-KZ der DDR“¹¹ die Rede ist, werden historische Tiefendimensionen für Regime-Vergleiche vernachlässigt. Ebenso wenig wird die historische Wahrheit über die Herrschaft des „Unrechts“ und „Terrors“ aufgewiesen. Im Gegenteil: Durch semantische Gleichsetzung von „roter“ und „brauner“ Diktatur werden Ausmaß und Rahmenbedingungen der Unterdrückung im NS-Regime relativiert. Kinder wurden in Vernichtungslagern wie Auschwitz, Treblinka und anderen in der Regel noch am Tag der Einlieferung getötet oder medizinischen Versuchen unterworfen, die in den meisten Fällen mit dem Tod endeten. Das war in den Jugendwerkhöfen der DDR nicht der Fall. Terror war in Ungarn seit den sechziger Jahren kein Medium der Herrschaftsausübung. Das Kádár-Regime gründete nach einzelnen Abrechnungen und Todesurteilen gegen Akteure der ungarischen Revolution von 1956 auf Muster politischer

Ersatz-Legitimation, die auf eine implizite wechselseitige Anerkennung von Regime und Bevölkerung hinauslaufen sollten: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns!“ lautete die Mobilisierungsformel des kommunistischen Regimes unter Janos Kádár. Kennzeichnend für die Herrschaftsvermittlung in der Spätphase des „Real-Sozialismus“ waren punktuelle Repressionen gegenüber Regimegegnern wie Ausweisung und Druck in Richtung Emigration, ergänzt durch sozialpolitische Garantien des Lebens- und Konsumniveaus. Weder in Ungarn noch in DDR beruhte die Herrschaft der kommunistischen Parteien auf Unrecht im globalen Sinn wie das für faschistische Staaten galt. Vielmehr lässt sich festhalten, dass Ende der achtziger Jahre in unterschiedlichem Ausmaß in beiden Ländern, ähnlich wie in Polen, Elemente von Gesetzlichkeit eingeführt wurden, die von Ansätzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit bis zu Elementen der Verfassungsreform (Ungarn, Polen) reichten. Mit den Rund-Tisch-Gesprächen 1989 wurde in allen ostmitteleuropäischen Gesellschaften der Einfluss von Unrecht eingedämmt und Reformen in Richtung unabhängiger Justiz eingeleitet.

3. „Durchleuchtung“ und Recht

Das aktuelle Fallbeispiel des polnischen Botschafters in Deutschland Andrzej Przyłęcki („IM Wolfgang“) und die wiederholten Androhungen von Jarosław Kaczyński und Präsident Miloš Zeman, die „Durchleuchtung“ politischer Lebensläufe von Politikern und Diplomaten auszuweiten, zielen auf Instrumentalisierung der Vergangenheitspolitik. Dies hat negative Folgen: Statt „Reinigung“ und Elitenaustausch (des diplomatischen Dienstes der staatlichen Verwaltung) werden immer neue Fälle von Kontinuitäten in alten und neuen Karrieren ersichtlich, wie die Fallbeispiele des polnischen Botschafters in Berlin und des stellvertretenden tschechischen Ministerpräsidenten Andrzej Babiš illustrieren. Der Fall des polnischen Botschafters wirft moralische Fragen der Lustrationspolitik auf, während der zweite Fall die Grenzen der „Durchleuchtung“ zeigt. Wie kann die frühere Mitarbeit beim tschechoslowakischen Geheimdienst bewertet werden, wenn die betreffende Person (der heutige Vize-Premier Babiš) nur unzureichende Aussagen trifft und die bekannten Details der Tätigkeit nicht strafrechtlich erfasst werden können? Eng damit verbunden ist eine andere Frage, die die Grenzen des Strafrechts als Medium der Vergangenheitsaufarbeitung unterstreichen: Worin bestehen die Schwierigkeiten des Handelns in der „Grauen Zone“ zwischen Anpassung, Konformismus und Opportunismus, einem Feld von Einstellungen, in

dem sich auch Protagonisten der neueren Lustrationspolitik, wie der tschechische Präsident Zeman vor 1989 bewegt hatten. Ganz abgesehen vom früheren Ministerpräsidenten Václav Klaus, der den Streit über die kommunistische Vergangenheit so ausweitete, dass sogar Intellektuelle von 1968 wegen angeblicher ideologischer Kontinuitäten mit „dem Kommunismus“ als ideologische Mit-Täter überführt schienen. Dabei erwies sich der gegenüber 68er-Reformpolitikern lancierte Vorwurf des angeblichen Landesverrats (Fall Zdenek Mlynář 1992) als unbegründet, sogar für den Parteienkampf konstruiert.

Im Fall Andrej Holm, der in jüngster Zeit Kontroversen über den „Stasi“-Komplex wieder belebt hat, geht es um das biografische Erbe des Kommunismus. Die Kritik am Verschweigen von Details des eigenen Lebenslaufs hat den kurzzeitig berufenen Staatssekretär für Wohnungsfragen im Berliner Senat Andrej Holm allerdings in den Mittelpunkt einer mehrfach verschobenen Debatte gerückt. Es ging neben dem Lebenslauf auch um „Täter-Opfer“-Analogien, um verletztes Gerechtigkeitsempfinden und Probleme des Elitenkampfs über Geheimdienst-Akten. Diese Ebenen wurden jedoch im (partei-)politischen Streit vermengt. So wurde die nahe liegende Frage „Kann ein 1989 Achtzehnjähriger auch noch 28 Jahre später als Politiker auf seine Mitarbeit in der Stasi beschränkt werden?“ von einem Journalisten gestellt¹² – und nicht von einem Juristen oder Historiker. Darüber hinaus wurden Fragen nach politischen Kontexten nur in zweiter Linie aufgeworfen. Zum Beispiel wurde nicht darüber diskutiert, worin der Sinngehalt der in der öffentlichen Debatte über Holm verwendeten Wörter wie „Unrecht“ und „dem Unrechtsstaat gedient“ liegt. Handelt es sich hierbei um moralische Vorbehalte oder um symbolisch aufgeladene Slogans, die vom Fall Holm unabhängig verbreitet sind, wie die Neuauflagen des Streits über „Unrecht“, „Stasi“-Komplex und DDR im Vorfeld der Thüringer Koalitionsbildung unter Leitung der „Linken“. Symbolische Slogans und strategische Bestrebungen zur Instrumentalisierung des „Stasi“-Komplexes für den Parteienkampf treffen für beide Fallbeispiele zu. Dabei wird ein anderer Sachverhalt ausgeblendet: Die Vernutzung politischer Themen durch dramatisierende Appelle und ideologische Wörter. Genau darum geht es bei der ständigen Wiederholung von „Unrechtsregimen“, „perverser Diktatur“ und ähnlichen Slogans eines ideologischen Holismus, die zuerst unter Gesichtspunkten der Rehabilitierung von Schwarzweiß-Hypothesen ins Feld geführt werden. Die Sinnentleerung von Feindbildern ergibt sich auch durch exzessive Verwendung. An Wellen „totaler“ Durchleuchtung in Polen wird in der Gegenwart ersichtlich, dass taktische Motive des Elitenaustauschs und der symbolischen

Säuberungen nicht über Widersprüchlichkeiten von Aktenpolitik hinwegtäuschen. Der 2016 berufene polnische Botschafter Przyłębski in Berlin erfüllte als „geheimer Mitarbeiter“ der polnischen Staatssicherheit seit 1988/89 das Klischee eines „Regime“-Akteurs, der nach dem neuen novellierten Gesetz zur Anstellung im Diplomatischen Dienst wegen „Agententätigkeit“ („IM Wolfgang“) „entfernt“ werden müsste¹³. 2017 gilt der frühere „Agent“ als inzwischen gewendeter Anhänger der Kaczyński-Partei „PiS“ als entlastet. Und dies obwohl jede „Agenten“-Tätigkeit für den „Kommunismus“ als moralisch „verwerflich“ eingestuft wurde. Die nachholende Durchleuchtung wird für Ziele des politischen Elitenaustauschs genutzt: 2017 soll die 1990 nachrückende Generation liberaler Diplomaten durch parteikonforme Anhänger ersetzt werden. Für die Berufung gilt nicht fachliche Eignung, sondern die politische Gesinnung. Ministerpräsidentin Beata Szydło kündigte Mitte März 2017 an, dass alle Diplomaten entlassen würden und sich bis Juni 2017 wieder neu bewerben könnten. Das ist ein politischer Trick, wonach der Personalaustausch formal gerechtfertigt werden soll. Dabei handelt es sich um einen direkten Eingriff in das Personal der Diplomaten über ideologische Raster. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die moralische Aufarbeitung des Kommunismus in Polen den Zwecken des Parteienkampfes untergeordnet: „Agenten“ sind immer nur die Vertreter anderer politischer Lager, wie der ohne weitere Aktenbefunde neu aufgelegte Kampf um die Vergangenheit Lech Wałęsas veranschaulicht. Die Überführung von Wałęsa als angeblich durch den kommunistischen Geheimdienst gesteuerten Agenten deutet noch auf weitere Motive der Mobilisierung der öffentlichen Meinung über Aktenpolitik hin. Durch Angriffe auf den früheren Gewerkschaftsführer und Präsidenten soll dessen Rolle als integrierende politische Figur der Solidarność in Zweifel gezogen werden. Auch dies erfolgt auf der Linie von Geschichtspolitik: Die leere Stellung der politischen Autorität aus der Solidarność-Ära kann dann neu besetzt werden. Statt Wałęsa erlangt der „Bruder“ von Jarosław Kaczyński, Lech Kaczyński, im Nachhinein den Rang eines historisch bedeutsamen Führers; ein plebejischer Politiker, der er nicht war, und eine „volkstümliche“ Figur, deren öffentliches Erscheinen eher ungelent war. Der „gerechte“ historische Anführer ist eine Konstruktion, die ähnlich wie häufige Appelle an „revolutionäres“ Recht die Debattenkultur in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften und Ostdeutschland¹⁴ durch Polarisierungen belastet: „Revolutionäres“ Recht gegen „altes“ Recht, Überwindung der „kriminellen“ Vergangenheit durch Rückkehr zu einer noch länger

zurückliegenden Geschichte: den durch Widersprüche und Politik der Angst gekennzeichneten autoritären Regimen der Zwischenkriegszeit.

4. Gerechtigkeitsfragen und Vergangenheitspolitik

Aus den bisherigen Überlegungen lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen, die ich im Folgenden zusammenfasse:

1. In den Vergangenheitsdebatten über die kommunistischen Regime werden Gerechtigkeitsfragen ausgehöhlt. Gerechtigkeitsfragen werden begrifflich vage formuliert: So wird „Übergangs-Gerechtigkeit“ (transitional justice) ohne Begründungen zu „revolutionärem Recht“ erhoben, Unterscheidungen zwischen Gerechtigkeit und Unrecht werden vorwiegend unter Gesichtspunkten von Mobilisierungslogans aufgeworfen. „Gerecht“ und „ungerecht“ werden im Sinne von Kampfslogans verdichtet. In diesem Zusammenhang treten Widersprüchlichkeiten zutage, die „bewusstseinsverändernde Prozesse der Selbstverständigung“¹⁵ von alten und neuen Eliten nach den Rund-Tisch-Verhandlungen blockieren. Hass-Rhetorik bildet eine Barriere für Verständigung und Kompromissbildung. Rache und Revanche lassen sich nicht mit der Anerkennung des „Anderen“, des früheren oder heutigen Gegners, verbinden – vor allem wenn man sich in Rund-Tisch-Verhandlungen als Akteure wechselseitig akzeptiert hatte.

2. Die „Überwindung“ des Kommunismus und des „Postkommunismus“ sowie der institutionelle Bruch mit dem alten Regime werden im militanten Populismus nationalistischer Parteien als „moralische“ Fragen bezeichnet, die den Bedürfnissen der „einfachen Leute“ entgegenkommen. Eine bis in die Gegenwart im Elitenstreit genutzte Formel lautet: „Radikale“ Entkommunisierung sei „notwendig aufgrund des gesellschaftlichen Gerechtigkeits sinns“¹⁶. Durchgängig werden in der parteipolitischen Arena Polens und Ungarns ebenso wie in der Tschechoslowakei / Tschechischen Republik in mehreren (Wahl-)Kampagnen Schlüsselwörter verbreitet, die Motive des politischen Kampfs transportieren sollen. Diese lassen sich als vergeltende Gerechtigkeit umschreiben¹⁷. Das ist eine Vorstellung, wonach Rache und Revanche Bestandteile historischer Gerechtigkeit bilden. Eng damit verbunden ist der inflationäre Gebrauch von „historischer Wahrheit“ als Appell nach „innen“ und „außen“: für die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft und als

Bestandteil der Geschichtspolitik „von oben“. Damit gelangen wir zu einer weiteren Tendenz, die für Vergangenheitsdebatten nach 1989 sprachpolitisch kennzeichnend ist: Boulevardisierung von Geschichte. Hierbei sind die Rückkehr symbolischer Figuren wie „Agenten“ und „Spione“ und die Wiederbelebung von Feindbildern aus der stalinistischen Phase gemeint. Darüber hinaus werden von Befürwortern „radikaler“ Entkommunsierung und „totaler“ Durchleuchtung parteipolitische Konkurrenten wechselweise als „Spione“, „Landesverräter“ oder „Diebe“ entlarvt, die angeblich das „nationale Interesse“ übergehen und die Grundlagen der „Nation“ gefährden. Vor diesem Hintergrund wurde 1992 ohne Grund der damalige polnische Außenminister Krzysztof Jan Skubiszewski als „Spion“ bezichtigt, in der Tschechischen Republik Ende der neunziger Jahre Außenminister Jan Kavan als „Agent“ „entlarvt“ – ein Politiker, der vor 1989 als Emigrant in England gelebt und dissidentische Zirkel in Prag unterstützt hatte. 1998 geriet sogar der frühere Wiener Bürgermeister Helmut Zilk unter Verdacht, als „Spion“ für den tschechischen Geheimdienst Ende der Sechziger Jahre tätig gewesen zu sein: Ein Vorwurf, der sich ähnlich wie die Bezeichnung des linken polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski als „Agent Moskaus“ als bloßer Verdacht erwies.

3. „Freund-Feind“-Stereotypen und Geschichtsklitterung sind für die Vergangenheitsdebatten in allen ostmitteleuropäischen Gesellschaften grundlegend. Eigene und „fremde“ politische Lebensläufe werden umgeschrieben. Und in Anlehnung an Carl Schmitts Begriff des Politischen¹⁸ rücken innerstaatliche Feinderklärungen und „Liberale“ in den Mittelpunkt der Kampagnenführung von populistischen Bewegungsparteien (Fidesz, PiS, früher auch Liga der polnischen Familien (LPR), István Csurkas „Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens“ (MiEP). Die entsprechende Mobilisierungsformel lautet: „Immer auf der Suche nach Feinden“. „Erfundene Wahrheiten“ und Umschreibungen von politischen Lebensläufen sind ein weiteres Problem der Deformation der politischen Kultur durch Vergangenheitspolitik. So wird die unbestrittene Führungsfigur der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność Lech Wałęsa zum „Agenten Moskaus“ erklärt und aus dem Oppositionellen wird ein „Kommunist“. Staatsanwälte der Regimephase in Polen gelten hingegen als „Oppositionelle“ – nachdem diese sich als politische Freunde innerhalb der Partei PiS bewährt haben. Frühere Mitarbeiter der polnischen Staatssicherheit und des kommunistischen Geheimdienstes in Ungarn und Polen (István Csurka, Jan Robert Nowak)

avancieren zu Meinungsführern im (katholisch-)nationalen Spektrum und beschädigen durch Machtopportunismus das Anliegen der historischen Aufarbeitung des Kommunismus.

Im tschechischen Präsidentschaftswahlkampf 2013 wurde der Konkurrent des heutigen Präsidenten Miloš Zeman, Außenminister Karel Schwarzenberg, symbolisch zum „Sudetenfunktionär“ transformiert, der nicht im „nationalen Interesse“ handle. Außerdem entstamme dessen Ehefrau angeblich einer „Nazi-Familie“. „Mafiöse Verbindungen“, „korrupte Eliten“, „Stalinisten und alte Juden“ (wie der Rufmord gegenüber dem emigrierten polnischen Soziologen Zygmunt Baumann 2013¹⁹) zählen zur Kampagnenführung populistischer Bewegungsparteien. In Ungarn werden „Liberale“ zu „Fremdherzigen“, die im Auftrag „fremder Interessen“ das Ungarntum schädigen. „Liberal“ wird als Synonym für „Kollaboration“ verwendet. In Polen favorisieren Jarosław Kaczyński und „PiS“-Politiker „Lügeliten“ und „Lumpenliberalismus“²⁰ als Kampfwörter in der Polemik gegenüber parteipolitischen Konkurrenten, besonders gegenüber kritischen Publizisten und kulturellen Gegeneliten. Diese Feindbilder werden auch auf Akteure unabhängiger Initiativen – vor allem in der Erinnerungsarbeit – übertragen: NGOs sollen daher von der Regierung kontrolliert werden (Ungarn, Polen).

Die häufige Anspielung auf „Kommunisten“ wirft die Frage auf, ob in den Vergangenheitsdebatten die Konfliktlinie Kommunismus – Antikommunismus bestimmend ist. An dieser Stelle ist zwischen inhaltlichen und rhetorischen Effekten zu unterscheiden. Auch die antikommunistische Sprache dient Zwecken der politischen Mobilisierung, weniger der Aufdeckung von „Unrecht“. Meinungsführer der regierenden nationalpopulistischen Parteien in Ungarn (Fidesz) und Polen (PiS) sind nicht als „moralische“ Antikommunisten (Bronisław Wildstein) geboren worden, sondern weisen häufig politische Biographien auf, die den eigenen erklärten Ansprüchen auf historische Wahrheit nicht genügen. Der Wechsel politischer Meinungen und Opportunismus sind als Einstellungsmuster verbreitet. So werden aus „antiklerikalen“ „entschieden christliche“ Politiker wie der polnische Verteidigungsminister Antoni Macierewicz und Premier Viktor Orbán. Protagonisten des „Liberalismus“ und linken Populismus (der slowakische Premier Robert Fico) werden zu Verfechtern antiliberaler Politik und zu Akteuren im Kampf um die Bewahrung von „Polen-“, „Ungarn-“ und „Tschechentums“ oder der „slowakischen Eigenart“. Das gilt auch für die stellvertretenden Ministerpräsidenten Polens Piotr Gliński und Jarosław Gowin, die in den

vergangen beiden Jahrzehnten als Protagonisten der Zivilgesellschaft auftraten. Verschwörungsphantasien und Feindbilder dominieren in den Vergangenheitsdebatten. Die Kampfwörter reichen von „Verrat der Eliten“ bis zur „schlechten Sorte“ illoyaler Polen seit dem „17. Jahrhundert“. In diesen Zusammenhang gehören auch die Warnungen vor der „Rückkehr des Kommunismus“ („Rekommunisierung“) ebenso wie vor einer „Sowjetisierung der EU“ (Orbán, Ex-Präsident Klaus) und einem angeblich drohenden „EuroKZ“ (Polen). Die plebejische Politik der populistischen Akteure beruht in allen ostmitteleuropäischen Ländern – auch in Ostdeutschland (Pegida, AfD) – auf Geschichtsvergessenheit. Dieser Befund steht im Gegensatz zur Rhetorik einer „Überwindung“ des historischen Erbes des Kommunismus durch „Entkommunisierung“.

Schlussbemerkungen und Ausblick

Geschichtspolitik rückt wieder in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Die Spannbreite der Themen reicht von Kontroversen über Geheimdienstmitarbeit, Anleihen „völkischer“ Selbstbilder bis zu Konflikten über historische Museen und Denkmäler. In unterschiedlicher Weise wählen populistische Parteien in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und Deutschland in den letzten Jahren historische Ersatz-Streitthemen, wonach im Rückblick auf die Vergangenheit der Kult nationaler Helden mit politischen Feindbildern vermengt wird (Polen: Heroisierung der „verfemten Soldaten“, Ungarn: „Unrechtsgeschichte“). In der Tschechischen Republik wird die Auseinandersetzung mit dem „kommunistischen Erbe“ durch symbolische Verweise auf die Reformbewegungen von 1968 und die Beneš-Dekrete zu einem Ersatz-Streitthema ausgeweitet. Lange Zeit unbestimmt erscheinende Bezugnahmen auf „nationale Interessen“ und „kulturelle Identitäten“ werden mit Analogiebildungen verzerrt. Negative Stereotype und politische Feindbilder werden konstruiert, die weder einer historischen Untersuchung noch Quellenkritik standhalten.

Die symbolisch aufgeladenen Debatten führen zu widersprüchlichen Ergebnissen: Geschichtsvergessenheit und strategische Motive des Elitenkampfs beeinflussen bis in die Gegenwart den Streit über das Erbe der kommunistischen Regime in Europa. Mechanismen der Personalisierung erlangen im ritualisierten Streit über den Kommunismus einen so hohen Stellenwert, dass die Sprache eines militanten Populismus umso wirkungsmächtiger erscheint, je länger die gewaltlosen Revolutionen von 1989 zurückliegen. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die Akzeptanz der Sprache eines demagogischen Populismus

nachvollziehbar: In Vergangenheitsorientierten politischen Kulturen wie Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei treffen Bilder politischer Paranoia und Hass-Rhetorik auf breite Zustimmung („Agent“, „Spion“, „Verbrecher“, „Diebe“). Die Ausdrucksformen können unterschiedlich ausfallen, die historischen Tiefendimensionen sind identisch: Politische Hysterie und Politik der Angst zählen lagerübergreifend zum Repertoire der neuen politischen Machteliten im Feld der Vergangenheit. Für Besinnung auf die eigene Mitverantwortung im politischen Alltagsleben vor 1989, für Grauzonen mit Übergängen zwischen Anpassung, (taktischem) Konformismus und punktuellm Widerstand (Jiřina Šiklova 1991²¹) bleibt kein Raum. Stattdessen werden immer neue Legenden über Helden verbreitet, die nationale Größenphantasien untermauern sollen: Von Patriotismus bis ethnischem Nationalismus. In diesem Zusammenhang werden auch politische Kampfwörter der Vergeltung verwendet, wie die Forderungen Jarosław Kaczyńskis „Jaruszelski eine Kugel in den Bauch jagen“²² oder von Zsolt Bayer, einem Publizisten und Fidesz-Mitglied, der Hass als positive Energie würdigt und sowohl Juden als auch Kommunisten „einen Kopf kürzer“ machen möchte. Die demagogische Sprache unterstricht einen Sachverhalt, der in der Aufarbeitung des Kommunismus in Europa bisher vernachlässigt worden ist: Die exzessive Nutzung negativer historischer Stereotype und Freund-Feind-Bilder wurde während der vergangenen fünfzehn Jahre durch Tendenzen eines aggressiven politischen Sprachgebrauchs befördert, die von den Akteuren auch gar nicht in Abrede gezogen werden. Inner-polnische und -ungarische Wortkriege über Geschichte, Erinnern und Kommunismus / Postkommunismus haben zu einer allmählichen „Verrohung“ der politischen Kultur²³ beigetragen, die in mehrfacher Hinsicht an die Zwischenkriegszeiten und die Periode des Stalinismus erinnern. Neuauflagen des nationalen Blicks auf Geschichte und Schwarz-Weiß-Bilder statt historisches Erinnern an Kommunismus und Faschismus / NS-Regime sind in den Debatten verbreitet.

* Dieser Aufsatz beruht auf einem Vortrag, den ich im Rahmen der 10. Geschichtsmesse gehalten habe, die von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur unter dem Titel „Kommunismuserbe – Populismus – Extremismus“ vom 19. – 21. 1.2017 in Suhl abgehalten wurde.

- 1 Orbán, Viktor: Rede auf dem Heldenplatz, 16. Juni 1989, online abrufbar unter: <http://www.youtube.com/watch?v=4YybiRouMud> [Stand vom 04.07.2016].
- 2 Ebenda.
- 3 Mazowiecki, Tadeusz: Regierungserklärung vom 16.9.1989, in: Polens Gegenwart, Warschau 1989, Nr. 10, S. 59.
- 4 Vgl. zum Konzept Konfrontationseliten: Fehr, Helmut: Eliten und zivile Gesellschaft – Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa, Wiesbaden 2014, Kap. 10.
- 5 Interview mit Jarosław Kaczyński, in: Rzeczpospolita vom 15.03.2017.
- 6 in: Die Mücke (hrsg. vom Arbeitskreis Menschenrechte und Arbeitskreis Gerechtigkeit), Leipzig: März 1989, S. 25.
- 7 Neubert, Erhart: Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel. Auf dem Weg zu einer politischen Ökologie, Ms. (Juli 1989), S. 193.
- 8 Neubert, Erhart: Politische Verbrechen in der DDR, in: Stéphane Courtois u.a. (Hrsg.): Schwarzbuch des Kommunismus, München 1997, S. 829.
- 9 Ebenda, S. 862.
- 10 Vgl. dazu Schmidt, Mária: Haus des Terrors, Budapest 2003.
- 11 Vgl. Neue Nordhäuser Zeitung vom 26.1.2016 (nnz-online vom 26.1.2016. Abgerufen am 17.1.2017)
- 12 Schneider, Jens: Abschreckendes Vorbild, in: Süddeutsche Zeitung vom 16.01.2017.
- 13 Zur Dokumentation des Falls „IM Wolfgang“ siehe Gazeta Wyborcza vom 3.3.2017. Vgl. zur Novellierung des Gesetzes zum Personalaustausch: Rzeczpospolita vom 15.03.2017; Gazeta Wyborcza vom 16.03.2017; Süddeutsche Zeitung vom 08.03.2017.
- 14 Vgl. dazu: Interview mit Jarosław Kaczyński, in: Centrum Tygodnik Powszechny vom 31.07.1991, S. 3. Ferner: Heitmann, Steffen: Die Revolution in der Spur des Rechts, Dresden 1996.
- 15 Habermas, Jürgen: Die Bedeutung der Aufarbeitung von Geschichte, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquetekommission, Bd. IX, Baden-Baden 1995, S. 692.
- 16 Rzeczpospolita vom 25.10.1991, S. 3.

-
- 17 Vgl. Fehr, Helmut: Vergeltende Gerechtigkeit – Populismus und Vergangenheitspolitik nach 1989, Opladen 2016, S. 12.
- 18 Vgl. dazu: Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen, Berlin 1932/1991, S. 30ff sowie 46f.
- 19 Vgl. Gazeta Wyborcza vom 18.06.2013.
- 20 Kaczyński, Jarosław: Interview, in: Fakt vom 01.12.2006.
- 21 Vgl. dazu Šiklová, Jiřina: The Grey Zone and the Future of Dissent in Czechoslovakia, in: Social Research, Vol. 57, 1991, S. 347-365.
- 22 Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.03.2017.
- 23 Vgl. dazu Interview mit dem früheren Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, Tadeusz Pieronek, in: Gazeta Wyborcza vom 27.12.2016.